

Federführung:

10-Organisation, Wahlen, Tul

Produkt:

10.02 Kommunalverfassung, Wahlen und Sitzungsdienst

Datum:

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Coesfeld

Sitzungsdatum:

28.05.2015

Entscheidung

## **Antrag der Fraktionen der SPD, Pro Coesfeld, Bündnis 90/Die Grünen und AfC/FAMILIE zum Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA**

### **Beschlussvorschlag der Fraktionen:**

1. Der Rat der Stadt Coesfeld appelliert an
  - die Kommission der Europäischen Union,
  - das Parlament der Europäischen Union
  - die Bundesregierung,
  - die Landesregierung NRW

sich im Zuge der Verhandlungen um das Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und des internationalen Dienstleistungsabkommen „Trade Services Agreement“ (TiSA) sowie auch beim bereits verhandelten Freihandelsabkommens mit Kanada (CETA) uneingeschränkt für die Kommunale Selbstverwaltung, den Schutz und Fortbestand der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Kultur- und Bildungspolitik einzusetzen und dass

- die Verhandlungen mit größtmöglicher Transparenz und Öffentlichkeit zu führen sind,
  - die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge und der kommunalen Infrastruktur – auch nicht durch die Verwendung sogenannter Negativlisten – eingeschränkt werden darf und Spielräume für eine Auftragsvergabe nach sozialen, ökologischen oder regionalen Kriterien nicht verschlechtert werden dürfen,
  - Umwelt- und Sozialstandards und die Möglichkeiten politischer Gestaltung nicht durch Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren parallel zur bestehenden Gerichtsbarkeit gefährdet werden dürfen.
2. Der Rat der Stadt Coesfeld fordert die Bundesregierung auf, im Ministerialrat der Europäischen Union im Bereich der Dienstleistungen aktiv für sogenannte Positivlisten einzutreten, die explizit nicht die kommunale Daseinsvorsorge sowie den Kultur-, Gesundheits- und Bildungsbereich tangieren.

Die Anwendung von Negativlisten im bereits verhandelten Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) darf nicht gebilligt werden. Hier muss nachverhandelt werden.

## **Beschlussvorschlag der Verwaltung:**

Es wird beschlossen, mittels Resolution des Rates der Stadt Coesfeld der Position der kommunalen Spitzenverbände beizutreten und den Deutschen Städte- und Gemeindebund zu bitten, die Interessen der kommunalen Gemeinschaft zu vertreten.

## **Sachverhalt:**

Der Antrag der Fraktionen wird gemäß § 3 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung des Rates vorgelegt und ist der Sitzungsvorlage als Anlage beigelegt.

## **Stellungnahme der Verwaltung:**

Die kommunalen Spitzenverbände Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund sowie der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) haben ein gemeinsames Positionspapier zum Freihandelsabkommen herausgegeben. Darin wird grundsätzlich begrüßt, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA weiter ausgebaut werden soll und damit die wirtschaftliche Stärke Deutschlands für die Zukunft gesichert wird. In dem gemeinsamen Positionspapier wird aber auch verdeutlicht, dass die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) sowie weitere Freihandelsabkommen erhebliche Risiken für die Daseinsvorsorge bringen könnten.

Daher fordern die Verbände die kommunale Daseinsvorsorge von den Marktzugangsverpflichtungen im TTIP und allen weiteren Freihandelsabkommen auszunehmen. Auch die im Rahmen der Reform des öffentlichen Auftragswesens und der Konzessionsrichtlinie auf europäischer Ebene erreichten Regelungen im Zusammenhang mit der Wasserversorgung und dem Rettungsdienst dürften durch Freihandelsabkommen nicht unterlaufen werden.

Ungeachtet dessen, ob es sich bei dem Thema „Freihandelsabkommen“ um eine Angelegenheit der Gemeinde handelt, schlägt die Verwaltung vor, dass sich der Rat der Stadt Coesfeld nicht einzeln an die politischen Gremien der Europäischen Union und an die Bundes- bzw. Landesregierung richtet sondern seine Position über die kommunalen Spitzenverbände platziert.

Eine durch die Spitzenverbände für die kommunale Gemeinschaft gebündelt vorgetragene Argumentation erscheint hier effektiver und somit erfolgversprechender.

## **Anlagen:**

1. Antrag der Fraktionen von SPD, Pro Coesfeld, Bündnis 90/Die Grünen und AfC/FAMILIE
2. Gemeinsames Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände